

II. Tolerierung versus Einheitsfront: Das Dilemma der SPD und die Politik der KPD

Klaus Schönhoven

Strategie des Nichtstuns?
Sozialdemokratischer Legalismus
und kommunistischer Attentismus
in der Ära der Präsidialkabinette

Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag

Die Memoiren- und Forschungsliteratur über das Ende der Weimarer Republik füllt mittlerweile Bibliotheken. Selbst Spezialisten auf diesem Sektor der Zeitgeschichtsschreibung haben Mühe, den Überblick zu bewahren. Immer wieder wurden jedoch folgende Fragen diskutiert: Wer trägt die politische Verantwortung für den Untergang der ersten deutschen Demokratie? Wer war Wegbereiter der nationalsozialistischen Diktatur? Wer hätte die Machtübergabe an die Hitlerpartei verhindern können?

Einflußreiche Vertreter der westdeutschen Geschichtswissenschaft haben die These von der Selbstdiscreditation Weimars verfochten und behauptet, die Republikaner hätten die Regierungsmacht leichtfertig aus den Händen gegeben, der Parteienstaat habe versagt und damit selbst das parlamentarische Vakuum für den Vormarsch der Republikfeinde geschaffen. So stellte Karl Dietrich Erdmann fest: „Die Weimarer Demokratie ist nicht an ihren Gegnern, sondern an sich selbst zugrunde gegangen. Es handelt sich nicht um einen Fall von Totschlag, sondern von Selbstmord.“¹ Ähnlich ist der Tenor der Aussagen bei Hagen Schulze. Er wirft den republikanischen Parteien vor, sie hätten durch eine „bis zur Monomanie gesteigerte Selbstbezogenheit“ den Parlamentarismus zugrunde gerichtet und dem Reichspräsidenten seit 1930 keine andere Wahl als

¹ So in seinem Versuch einer Schlußbilanz, in: Weimar. Selbstdiscreditation einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen Stiftung. Juni 1979. Hrsg. von Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze (Düsseldorf 1980) 346.

die Bildung eines Präsidialkabinetts gelassen. Dies sei der „wichtigste Grund für das Scheitern der Weimarer Republik“².

Im Kreuzfeuer der Kritik stand dabei immer wieder – ausgesprochen oder unausgesprochen – die Sozialdemokratie, die Gründungspartei der Republik, deren staatstragende Bedeutung man einerseits herausstellte, um aber andererseits sofort hinzuzufügen, die SPD sei in den Krisenjahren der Republik ihren selbstgestellten Aufgaben nicht gerecht geworden. Bemerkenswerterweise wurde diese Kritik an der Sozialdemokratie von ganz unterschiedlichen Positionen aus vorgebracht. Ihre Vertreter finden sich in allen politischen Lagern von ganz rechts bis ganz links, auch wenn die Akzentsetzung im einzelnen verschieden ist. Konservative Kritiker werfen der SPD vor, sie sei im Frühjahr 1930 kopflos aus der parlamentarischen Verantwortung geflohen und habe mit diesem Schritt erst den antidemokratischen Kräften den Weg gebahnt; linke Kritiker beklagen den wenig revolutionären Habitus der Weimarer Sozialdemokraten, reden von der kampflosen Kapitulation der Partei vor dem Nationalsozialismus und von ihrer Strategie der legalistischen Tatenlosigkeit bis zum bitteren Ende. Und selbst der SPD ansonsten wohlgesonnene Autoren attackieren die politische Konzeptionslosigkeit der Sozialdemokraten, den Immobilismus des Parteiapparats und die verfehlte Defensivtaktik der Parteiführung. Als Paradebeispiel wird hierbei immer wieder das Stillhalten der SPD am 20. Juli 1932 angeführt, als das Präsidialkabinett Papen die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung in Preußen entmachtete. Zur Untermauerung der Thesen werden die Urteile von Zeitzeugen aus dem sozialdemokratischen Lager zitiert, die in ihren selbtkritischen Rückblicken mit der eigenen Partei hart ins Gericht gingen. So schrieb beispielsweise Wilhelm Hoegner in seinem Erinnerungsbuch mit dem suggestiven Titel „Flucht vor Hitler“: „Wir leisteten keinen Widerstand. Wir warfen dem siegreichen politischen Gegner keine Prügel in den Weg.“³

In diese Einheitsfront von zornigen Zeitzeugen und die Sozialdemokratie heftig angreifenden Historikern aus der Bundesrepublik reihte sich auch die Geschichtswissenschaft der DDR ein. Sie befaßte sich relativ ausführlich mit der Schlussphase der Weimarer Republik und machte aus dem kommunistischen „Hauptfeind Sozialdemokratie“ rückblickend den Hauptangeklagten vor ihrem historiographischen Tribunal. Als Kronzeugen dienten Vertreter der KPD. Ihre Politik in den Jahren von 1929 bis 1933 wurde zwar nicht in allen taktischen Einzelheiten verteidigt und gerechtfertigt, aber in ihrer strategischen Gesamtkonzeption doch als eine konsequent antifaschistische Haltung beschrieben, deren revolutionär-sozialistische Stoßkraft durch die von der SPD zu verantwortende Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung entscheidend geschwächt worden sei⁴.

² Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933 (Die Deutschen und ihre Nation 4, Berlin 1982) 422.

³ Wilhelm Hoegner, Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933 (München 1977) 9.

⁴ Vgl. zur Geschichtsschreibung in der DDR Hermann Weber, Kommunismus in Deutschland 1918–1945 (Erträge der Forschung 198, Darmstadt 1983); ders., Hauptfeind Sozialdemokratie.

Westdeutsche Historiker haben diese einäugigen Urteilssprüche zurückgewiesen und den ultralinken, antirepublikanischen Konfrontationskurs der KPD herausgestellt, der diese Partei wiederholt – so etwa beim Volksentscheid gegen die preußische Regierung im Sommer 1931 – in eine enge Nachbarschaft zur NSDAP gebracht habe. Betont wurde aber auch immer wieder, daß die Uneinigkeit der deutschen Arbeiterbewegung und ihr Zerfall in zwei sich gegenseitig bekämpfende Lager dem Nationalsozialismus den Weg zur Macht wenn nicht gebahnt, so doch erleichtert hätten. Bei der Suche nach Alternativen zu dieser Selbstzerfleischung wurden verschiedene Vorschläge diskutiert. Sie reichten von einem defensiven Notbündnis der beiden Arbeiterparteien zur Abwehr der nationalsozialistischen Gefahr bis hin zu einer proletarischen Sammlungspolitik unter antikapitalistischen Vorzeichen. Dabei wurde allerdings im Eifer der fachwissenschaftlichen Debatten manchmal gar nicht mehr versucht, „die damals nach ihren eigenen Gesetzen Handelnden von ihren eigenen Voraussetzungen her zu verstehen“⁵.

Folgt man diesem Postulat, so muß man sich davon freimachen, den Gang der Dinge aus der Perspektive der Jahre ab 1933 zu bewerten. Was in den zwölf Jahren der Hitlerdiktatur geschah, konnten die zwischen 1930 und 1933 agierenden Politiker schwerlich vorausahnen, auch wenn manche ihrer Faschismusanalysen, wie sich am Beispiel von Publikationen sozialdemokratischer Autoren zeigen ließe, mehr Realitätsgehalt besaßen, als von der Geschichtswissenschaft nach 1945 oft behauptet wurde⁶. Doch das Ausmaß der kommenden nationalsozialistischen Verbrechen war für diese Autoren ebenso unvorstellbar wie für die rückblickenden Historiker. Deshalb muß jede Analyse, die sich mit der Politik der beiden Arbeiterparteien in den Krisenjahren der Weimarer Republik befaßt, die jeweils gegebene Gesamtkonstellation sowie die spezifischen Entscheidungssituationen berücksichtigen, wenn sie angemessene Kriterien für die Einschätzung des Handlungsspielraums von KPD und SPD gewinnen will.

Mit den Begriffen „Tolerierung“ und „Einheitsfront“ werden zwei Optionen gekennzeichnet, an denen sich die Politik der SPD und der KPD während der Staatskrise der Republik orientierte. Die Sozialdemokratie tolerierte bekanntlich das Präsidentenkabinett Brüning vom Oktober 1930 bis zum Mai 1932, während die KPD im

Fortsetzung Fußnote von Seite 58

Strategie und Taktik der KPD 1929–1933 (Düsseldorf 1981); im folgenden zitiert: *Weber*, Hauptfeind.

⁵ So *Helga Grebing*, Flucht vor Hitler? Historiographische Forschungsergebnisse über die Aussichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machterobernahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 4–5 (1983) 26–42, Zitat 39; im folgenden zitiert: *Grebing*, Flucht.

⁶ Vgl. dazu jetzt *Wolfgang Pyta*, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 87, Bonn 1989) 23 ff.; im folgenden zitiert: *Pyta*, Gegen Hitler; s. a. Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung. Hrsg. von *Helga Grebing* und *Klaus Kinner* (Veröffentlichungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum 2, Essen 1990) 237 ff.

gleichen Zeitraum die Bildung einer Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien forderte. Dabei unternahmen die Kommunisten allerdings mehrere taktische Wendungen, indem sie einmal nur die Gunst der SPD-Anhänger für sich gewinnen wollten, ein anderes Mal ein Zusammengehen mit sozialdemokratischen Führungsinstanzen nicht grundsätzlich ausschlossen⁷. Da weder die sozialdemokratische Tolerierungs-politik noch die kommunistische Einheitsfrontpolitik erfolgreich waren, ist zu fragen, ob beide Strategien überhaupt als situationsadäquat bezeichnet werden können: War die Tolerierung einer autoritären Regierung ein falsches Konzept, dessen Scheitern von Anfang an eigentlich vorhersehbar war? Konnte man überhaupt ein antifaschistisches Bündnis der beiden Arbeiterparteien propagieren, wenn man gleichzeitig die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ charakterisierte?

Die Suche nach einer Antwort auf diese Fragen muß mit der Analyse der sozialen Merkmale von SPD und KPD einsetzen, um dann vor diesem Hintergrund ihre ideologischen Positionen und ihre praktische Politik zu diskutieren. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang, weshalb sich zwischen sozialdemokratischem Reformismus und kommunistischem Radikalismus keine Brücke mehr bauen ließ und warum es nicht einmal mehr zum Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den beiden Arbeiterparteien kam, der den Prozeß der Polarisierung wenigstens zeitweise hätte stoppen können. Zu prüfen ist aber auch, welche strategischen Generallinien beide Arbeiterparteien verfolgten, wie plausibel diese Perspektiven in den Jahren der Staats- und Wirtschaftskrise der Weimarer Republik waren und ob die konkrete Tagespolitik von KPD und SPD sich überhaupt an mittelfristigen oder gar langfristigen Zielen orientierte und den programmatischen Präferenzen von Kommunismus und Sozialismus gerecht wurde.

KPD und SPD werden in der Forschungsliteratur als klassische Arbeiterparteien bezeichnet. Diese Feststellung ist richtig, auch wenn bei den Reichstagswahlen mindestens ein Drittel der wahlberechtigten Arbeiter für keine der beiden Parteien stimmte und diese nicht nur Arbeiter als Mitglieder hatten. Neuere Schätzergebnisse über das Wahlverhalten von Arbeitern weisen nach, daß der Arbeiteranteil unter den KPD-Wählern in der Endphase der Weimarer Republik bei 80 Prozent und unter den SPD-Wählern bei etwa 70 Prozent lag⁸. Die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft beider Parteien entsprach diesen Werten weitgehend: Der Arbeiteranteil bewegte sich in der SPD um die 70-Prozent-Grenze und in der KPD um die 80-Prozent-Grenze⁹. Diese Befunde bedeuten freilich noch nicht, daß SPD und KPD homogene Klassenparteien mit einem identischen Wählerpotential gewesen sind. Die soziologische Kategorie Arbeiter ist unscharf, umspannt eine breite Skala von Berufen und Soziallagen, wird mehr durch ihre Binnendifferenzierungen charakterisiert als

⁷ Vgl. zu den taktischen Kurskorrekturen der KPD *Weber*, Hauptfeind 13 ff.

⁸ Vgl. Jürgen W. Falter, Dirk Hänsch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928–1933, in: Afs 26 (1980) 179–216.

⁹ Weitere Detailergebnisse bei Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933 (Berlin–Bonn 1987) 584 ff.; im folgenden zitiert: *Winkler*, *Weg*.

durch das versicherungsrechtliche Raster der Reichsstatistik, wonach rund 45 Prozent aller Wahlberechtigten der Arbeiterschaft zuzuordnen sind.

Richtet man nämlich den Blick auf die Trägergruppen von SPD und KPD, so zeigt sich, daß die soziale Integrationsfähigkeit der beiden Parteien sehr unterschiedlich war. Zugespitzt formuliert heißt das: Beide Parteien organisierten und mobilisierten zwar überwiegend Arbeiter, aber diese Arbeiter besaßen keine deckungsgleichen Klasserfahrungen, orientierten sich an verschiedenen Solidaritätsmustern und gingen deshalb auch politisch nicht den gleichen Weg. Die sozialmoralischen Spaltungslinien lassen sich zunächst ökonomisch definieren. Das Hauptkontingent sozialdemokratischer Wähler und Mitglieder kam aus der gewerkschaftlich geprägten Facharbeiterchaft, während in der KPD ein Arbeitertypus dominierte, der nie gewerkschaftlich organisiert gewesen war oder sich während der Weltwirtschaftskrise aus dem Netzwerk des ADGB herauslöste¹⁰. Generalisiert man signifikante Sozialmerkmale, so war der sozialdemokratische Parteianhänger zwischen 40 und 50 Jahre alt, arbeitete in einem erlernten Handwerks- oder Industriberuf in der Mittel- oder Großindustrie und gehörte der SPD zu Beginn der dreißiger Jahre mindestens fünf, oft aber schon zehn und mehr Jahre an. Zum gleichen Zeitpunkt rekrutierte die KPD vor allem zwischen 20 und 30 Jahre alte erwerbslose Jungarbeiter, die ihren Lebensunterhalt aus Unterstützungsleistungen der Arbeitslosenhilfe und mit Gelegenheitsarbeiten finanzieren mußten. Sie verfügten häufig über wenig oder überhaupt keine Berufspraxis und gehörten der KPD meist erst kurze Zeit an. Ihren Beitritt revidierten sie oft schon nach wenigen Wochen oder Monaten.

Diese vereinfachende Unterscheidung zwischen einer gelernten, älteren und organisationsstabilen Anhängerschaft der SPD und einer unqualifizierten, jugendlichen und organisationsinstabilen Anhängerschaft der KPD ist zwar etwas grobmaschig, weil beide Parteien auch soziale Schnittflächen aufwiesen, doch sie spiegelt die Segmentierung innerhalb des Arbeitermilieus, das Auseinanderfallen von generationsspezifischen Prägungen und Bindungen, einigermaßen realitätsgerecht wider. Am Ende der Weimarer Republik repräsentierten die bei einer Million Mitglieder stagnierende SPD und die zwischen Januar 1930 und November 1932 von 133 000 auf 330 000 Mitglieder angewachsene KPD zwei soziokulturell und politisch kaum mehr einander annäherungsfähige Richtungen der deutschen Arbeiterbewegung: Auf der einen Seite stand der antiradikal eingestellte Sozialdemokrat, der auch während der Weltwirtschaftskrise für eine nüchterne Risikoabwägung optierte; auf der anderen Seite stand der radikalierte Kommunist, dessen Enttäuschung über fehlende Lebensperspektiven sich in Protestbereitschaft und Militanz entlud. Je länger der klassenspaltende

¹⁰ Seit der Gründung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition im Herbst 1929 beschritt die KPD einen gewerkschaftlichen Sonderweg. Obwohl die Mitgliederzahlen der RGO bis Sommer 1932 auf über 200 000 anstiegen, besaß diese Organisation kaum Rückhalt in den Betrieben. Vgl. dazu Werner Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziele und Grenzen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933 (Köln 1988); s. a. Winkler, Weg, 597 ff. Gleichzeitig ging der Einfluß der KPD im ADGB zurück. Im Oktober 1932 standen nur in etwas mehr als 250 von insgesamt 13 129 ADGB-Ortsverwaltungen Kommunisten an der Spitze. Vgl. Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935 (Frankfurt–New York 1976) 18 f.

Druck der ökonomischen und sozialen Krise auf der Arbeiterschaft lastete, um so schmäler wurde der Vorrat an gemeinsamen innerproletarischen Erfahrungen und um so tiefer wurden die Gräben zwischen dem sozialdemokratischen und dem kommunistischen Lager. Die Arbeiterbewegung zerfiel in zwei Blöcke, zwischen denen es nur noch schwache soziale und politische Verbindungsstücke gab.

Beleuchtet man die ideologischen Positionen von KPD und SPD zu Beginn der dreißiger Jahre, so zeigt sich, daß auch auf diesem Feld kaum noch konvergente Sichtweisen vorhanden waren. Beide Parteien wurzelten zwar in der Vorstellungswelt der Vorkriegssozialdemokratie, aber ihre Emanzipationsstrategien hatten sich seit der Parteispaltung im und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg weit voneinander entfernt. Dies läßt sich an den normativen Konzepten verdeutlichen, die SPD und KPD während der zwanziger Jahre entwickelt hatten. Drei Problemberiche verdienen im Kontext des zu behandelnden Themas besondere Beachtung: die Haltung beider Parteien zur Staatsfrage, ihre Einstellung zur Anwendung von Gewalt und ihre Rezeption des Faschismus. Auf allen drei Theoriefeldern gab es nur wenig Gemeinsamkeiten, die zur programmatischen Grundlage einer Bündnispolitik hätten werden können.

Im teleologischen Geschichtsverständnis der KPD, das auf den Dogmen des Marxismus-Leninismus basierte, war die Weimarer Republik ein Klassenstaat des Monopolkapitalismus, dessen revolutionäre Zerschlagung die Aufgabe des Kommunismus war. Als Avantgarde der deutschen Proletariats und als Sektion der Kommunistischen Internationale verstand sich die KPD nicht nur als Teil einer weltrevolutionären Bewegung; sie ließ sich auch von ideologischen Prämissen leiten, die wenig mit der deutschen Realität, aber viel mit sowjetischen Staatsinteressen zu tun hatten. Diese stalinistische Fremdbestimmung wurde zum dominanten Faktor für die Tagespolitik der KPD während der Jahre 1929 bis 1933.

Nach dem VI. Weltkongress der Komintern, die im Spätsommer 1928 in Moskau getagt hatte, lautete die Generaldevise des internationalen Kommunismus: Verschärfung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern, Vorbereitung auf den sich gesetzmäßig anbahnenden revolutionären Aufschwung, Erringung der politischen Macht und Errichtung der Diktatur des Proletariats. Für die KPD bedeutete dieser ultralinke Stufenplan der Komintern, daß sie sich in der nun auf die Tagesordnung gesetzten Verfallskrise des bürgerlichen Staates nicht mehr ausschließlich auf dem Boden des parlamentarischen Systems bewegen durfte. Sie hatte vielmehr – wie in den Anfangsjahren der Republik – als revolutionäre Umrümpfpartei aufzutreten, mußte Antrieber in der „antiimperialistischen Offensive“ sein und sich darum bemühen, ihren Masseneinfluß in der Arbeiterschaft für den bevorstehenden Kampf „Klasse gegen Klasse“ zu erweitern. In dieser manichäischen Weltdeutung operierte die KPD also am Vorabend der proletarischen Revolution, besaß keine politischen Bundesgenossen mehr und hatte den Bürgerkrieg gegen die demokratische Ordnung in Deutschland vorzubereiten und zu führen¹¹.

¹¹ Vgl. ausführlich zu den hier nur knapp referierten Konzepten Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde. (Frankfurt am Main 1969); im folgenden zitiert: Weber, *Wandlung*; Ossip K. Flechtheim,

Die Einstellung der SPD zur Weimarer Republik unterschied sich von der dogmatisch-revolutionären Maximalposition der KPD grundlegend. Seit der Revolution von 1918/19 verstand sich die Sozialdemokratie als Stütze des demokratischen Rechtsstaates und als Verteidigerin der republikanischen Verfassungsordnung. In ihrer Doppel-funktion als Staats- und Verfassungspartei bekannte sich die Sozialdemokratie immer wieder nachdrücklich zu den Spielregeln der pluralistischen Konkurrenzdemokratie, zu in Rechts- oder Gesetzesform festgelegten Verfahrensweisen, zur Gewaltenteilung und zur verfassungskonformen Ausübung von politischer Herrschaft. Ihre sozialistischen Zukunftsziele wollte die Partei im Rahmen der Weimarer Legalordnung verwirklichen, wobei sie sich an einem Evolutionsmodell orientierte, das die Überwindung des Kapitalismus in einem kontinuierlichen Prozeß und ohne revolutionären Umsturz anstrebe. Der republikanische Staat war für die SPD nicht mehr ein Instrument der herrschenden Klassen, sondern ein Bürgerstaat, der allen politischen und sozialen Kräften Existenzrechte und Gestaltungsräume garantierte, sofern diese das Prinzip der Mehrheitsdemokratie respektierten.

In der sehr regen innerparteilichen Diskussion der Weimarer Sozialdemokratie über die Rolle und Funktion des Staates, über die Bedeutung des Widerspruchs von egalitärer Rechtsordnung und privatkapitalistischer Wirtschaftsverfassung sowie über den Zusammenhang von parlamentarischen und außerparlamentarischen Emanzipationsstrategien der Arbeiterbewegung wurde zwar ein breites Spektrum von taktischen Varianten debattiert, unstrittig blieb dabei aber, daß die überwältigende Mehrheit in der SPD auf eine evolutionäre Konkretisierung des Sozialismus vertraute. Auch während der Staatskrise der Republik, in der eine autoritäre Exekutive immer mehr die Oberhand über die parlamentarische Legislative gewann und die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus in weite Ferne rückte, hielt die sozialdemokratische Parteimehrheit am Legalitätsprinzip fest und lehnte die von der KPD propagierte revolutionäre Usurpation der Staatsgewalt strikt ab¹².

Unmittelbar mit ihrer Einstellung zur Weimarer Republik verknüpft war für die KPD die Frage der Gewaltanwendung. Dabei handelte es sich für die Partei nicht um

Fortsetzung Fußnote von Seite 62

Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Sigrid Koch-Baumgarten (Hamburg 1986); *Johann Wachter*, Zwischen Revolutionserwartung und Untergang. Die Vorbereitung der KPD auf die Illegalität in den Jahren 1929–1933 (Europäische Hochschulschriften 205, Frankfurt am Main–Bern–New York 1983); im folgenden zitiert: *Wachter*, Revolutionserwartung.

¹² Zu den verschiedenen theoretischen Facetten der sozialdemokratischen Staatstheorie s. den von *Horst Heimann* und *Thomas Meyer* hrsg. Sammelband Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Zur Theoriediskussion des Demokratischen Sozialismus in der Weimarer Republik (Internationale Bibliothek 125, Berlin–Bonn 1982); *Günther Köneke*, Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924–1932 (Stuttgart 1987); *Walter Euchner*, Sozialdemokratie und Demokratie. Zum Demokratieverständnis der SPD in der Weimarer Republik, in: AfS 26 (1986) 125–178; *Wolfgang Luthardt*, Sozialdemokratie und Legalstrategie. Überlegungen zu ihrem Verhältnis in der Weimarer Republik, in: Geschichte als politische Wissenschaft. Hrsg. von *Jürgen Bergmann*, *Klaus Megerle* und *Peter Steinbach* (Geschichte und Theorie der Politik 1, Stuttgart 1979) 142–174.

ein theoretisch strittiges Problem, weil in revolutionären Zeiten der Zweck die Mittel heiligte und jede Art von kollektiver Gewalt prinzipiell erlaubt war, wenn sie dem Proletariat zum Sieg verhalf. Doch es gab für die Führungsgremien der KPD eine Reihe von praktischen Problemen bei der Umsetzung ihrer antirepublikanischen Konfrontationsstrategie: Konnte die Partei das Entwicklungstempo der revolutionären Krise selbst beschleunigen? Wie ließen sich die Arbeitermassen mobilisieren? Was mußte man zur Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes tun? Wann sollte die Partei den Boden der Legalität verlassen? Derartige Fragen wurden nicht nur in den Funktionärszirkeln der KPD immer wieder diskutiert, sondern auch von der Parteipublizistik und in Parteiversammlungen thematisiert. Allein schon die Gewaltpropaganda, die den Sprachgebrauch der KPD prägte und jeden Respekt vor Andersdenkenden vermissen ließ, hätte ausgereicht, um die Kluft zur SPD zu vertiefen. Da die Partei den Radikalismus aber nicht nur predigte, sondern auch einen militanten Aktionismus praktizierte, entfernte sie sich immer weiter von der legalistischen Vorstellungswelt der SPD¹³.

In den Reihen der Sozialdemokratie traten nur linke Randgruppen für eine „rück-sichtslose proletarische Klassenkampfpolitik“¹⁴ ein. In der im Herbst 1930 in der Partei auflebenden Diskussion über die Chancen und Grenzen der Tolerierungspolitik war zwar viel von außerparlamentarischem Kampf die Rede, der diese Taktik des Ausweichens und Abwartens ersetzen oder ergänzen und die „proletarische Wehrhaftigkeit“¹⁵ der Partei unter Beweis stellen sollte, aber solche Rufe nach gewaltsamer Selbsthilfe stießen in der Parteführung und bei der Masse der Mitglieder auf wenig Widerhall. Konsens bestand in der SPD allerdings darüber, die in der Weimarer Verfassung verankerte Rechtsordnung zu verteidigen. Das sollte in erster Linie mit verfassungskonformen Mitteln geschehen. Sie wollte man zum Schutz der Republik restlos ausschöpfen. Die Anwendung von Gewalt kam nur als Akt der Notwehr gegen einen reaktionären Frontalangriff auf die Demokratie in Betracht.

Diese defensive Haltung in der Gewaltfrage, die von diametral anderen Voraussetzungen ausging als das antirepublikanische Offensivkonzept der KPD, hatte der sozialdemokratische Staatsrechtler Hermann Heller auf den Begriff gebracht, als er in einer Rede zum Verfassungstag im August 1930 das „kulturvernichtende Chaos“ bolschewistischer und faschistischer Diktaturen anprangerte und seine Partei auf ein

¹³ Vgl. neben den in Anm. 11 angeführten Titeln *Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933* (Cambridge 1983); *dies., Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“ 1929–1933*, in: *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 10, Stuttgart 1982) 394–421.

¹⁴ So Max Seydewitz nach den Reichstagswahlen im September 1930, zitiert nach Winkler, Weg, 210. Zur Haltung der Parteilinken in der SPD und zu den Konflikten zwischen „Klassenkampf-Gruppe“ und Parteivorstand s. ebd. 327 ff., 398 ff., 587 ff.; Klaus Schönhoven, Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat (München 1989) 142 ff.

¹⁵ Vgl. dazu Reiner Schaefer, SPD in der Ära Brüning. Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930–1932 (Campus Forschung 638, Frankfurt am Main–New York 1990) 221 ff.; im folgenden zitiert: Schaefer, SPD.

Konzept der wehrhaften Demokratie einschwor: „Wir geloben, die Weimarer Verfassung gegen alle Angriffe von Gewaltideologen zu verteidigen. Wenn diese Angreifer immer wieder ironisch von Wahlzetteldemokratie sprechen, so wollen wir ihnen eines ganz deutlich sagen: Wir wissen sehr genau, daß man einen Staat nicht allein mit Wahlzetteln sichert, und wir werden ihnen dieses Wissen in dem Augenblick praktisch beweisen, wo sie einen Gewaltangriff versuchen sollten. Dann werden wir die Weimarer Verfassung verteidigen, wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand.“¹⁶ An dieser Position, die Gewaltanwendung als ultima ratio definierte und bis zum Augenblick des offenen Verfassungsbruchs durch die Gegenseite ausklammerte, hielt die SPD bis 1933 fest.

Schon die Differenzen in der Staatsfrage und in der Gewaltfrage waren zwischen SPD und KPD so gut wie unüberbrückbar. Der letzte Rest an Gemeinsamkeit ging aber verloren, als die KPD im Zuge ihrer ultralinken Wende auf Weisung der Komintern die bereits 1924 von Stalin und Sinowjew vorformulierte Sozialfaschismusdoktrin zum Ausgangspunkt eines ideologischen Frontalangriffs auf die SPD machte. Seit Sommer 1929 verkörperte die Sozialdemokratie, wie der KPD-Vorsitzende Thälmann den Delegierten des Weddinger Parteitages darlegte, für die Kommunisten „eine besonders gefährliche Form der faschistischen Entwicklung“ und betrieb die „Vorbereitung eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion“¹⁷. Diese ebenso realitätsblinde wie absurde Doktrin revidierte die KPD prinzipiell bis 1934 nicht mehr, auch wenn es zeitweise zu unterschiedlichen Akzentsetzungen in der taktischen Einschätzung von „Sozialfaschismus“ und „Nationalfaschismus“ kam. Generell war die SPD aus kommunistischer Sicht als konterrevolutionäre Speerspitze der von der Bourgeoisie bestochenen Arbeiteraristokratie, als Kriegshetzer gegen die Sowjetunion und als Hauptfeind des Kommunismus abgestempelt, während die KPD für sich den Alleinvertretungsanspruch der Arbeiterklasse reklamierte und ein Gutteil ihrer politischen Energien auf die Bekämpfung der SPD konzentrierte.

Auch wenn sich nicht mit Sicherheit sagen läßt, wieviel Resonanz der von der stalinhörigen KPD-Führung seit 1929 propagierte „Vernichtungskampf“ gegen die „Panzerkreuzerpartei“ und die „Polizeisozialisten“¹⁸ in der Arbeiterschaft fand, so ist doch unstrittig, daß der kommunistische Frontalangriff auf die SPD selbsterstörische Folgen hatte und die KPD in die Isolation trieb. Unter dem Signum der Sozialfaschismusdoktrin ließ sich keine Einheitsfront schmieden. Die ideologisch an den Pranger gestellte und politisch immer wieder attackierte Sozialdemokratie reagierte

¹⁶ Die Rede Hellers ist abgedruckt in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933. Hrsg. von Wolfgang Lüthardt (Frankfurt am Main 1978) Bd. 2, 22–26, Zitate 23 und 26.

¹⁷ Protokoll des 12. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin-Wedding, 9. bis 16. Juni 1929 (Berlin 1929) 49 ff.; vgl. Leonid Lukš, Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921–1935 (Stuttgart 1985) 130 ff.

¹⁸ Zu diesen und weiteren Attacken auf die SPD vgl. Weber, Wandlung, 239 ff. Eine Fülle von Belegen findet sich in der Quellenedition Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. Eingeleitet von Hermann Weber. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitarbeit von Johannes Wachtler (Düsseldorf 1981).

nämlich auf diese Herausforderung mit einer theoretisch ebenso undifferenzierten Gleichsetzung von „Nazis“ und „Kozis“ und verbaute sich mit dieser Formel, die Rot und Braun auf einen Nenner brachte, den Zugang zu den KPD-Wählern. In beiden Arbeiterparteien nahm der „Bruderkampf“ in der späten Weimarer Republik groteske, aber auch tragische Züge an, weil er alle Bündniskonzepte ad absurdum führte und zugleich auch den autonomen Handlungsmöglichkeiten von KPD und SPD mehr und mehr die Basis entzog. Letztlich triumphierte die nationalsozialistische Konterrevolution über eine zur Einheit unfähige Arbeiterbewegung, deren Faschismusdeutungen im Falle der KPD vom Stalinismus ideologisch deformiert worden waren und im Falle der SPD trotz fundierter Interpretationen sich nicht in politische Praxis umsetzen ließen.

Die nun zu behandelnde Frage, ob die konkrete Tagespolitik von KPD und SPD den programmatischen Postulaten beider Parteien gerecht wurde, kann für die KPD knapp beantwortet werden. In ihrer Offensive gegen die Republik kam die KPD dem von ihr erstrebten Sowjetdeutschland keinen Schritt näher. Mit ihren Attacken gegen die Sozialdemokratie entfremdete sie sich vom ebenso klassenbewußten wie demokratietreuen Kern der Industriearbeiterschaft und marschierte hinter der Fahne des Sozialfaschismus in das Getto einer Erwerbslosenpartei. Als Protestbewegung der Verbitterten und Deklassierten konnte die KPD zwar zwischen September 1930 und November 1932 die Zahl ihrer Wählerstimmen bei Reichstagswahlen von 4,5 auf 5,9 Millionen Stimmen steigern, aber die Politisierung von Streiks sowie die Inszenierung von Massenaufmärschen und Arbeitslosendemonstrationen wurden nicht zur erhofften revolutionären Initialzündung.

Anders als in den Anfangsjahren der Republik wartete die Partei nun auf das „Heranreifen“ der revolutionären Situation, ohne jedoch selbst das Heft in die Hand zu nehmen, um den Umsturz zu erzwingen. Trotz ihrer aggressiven Revolutionspropaganda blieb die KPD eine weitgehend legal agierende Partei, die intern viel über den Übergang zur konspirativen Arbeit redete und einen geheimen militärpolitischen Apparat aufbaute, letztlich aber das Risiko eines bewaffneten Aufstandes scheute. Diese attentistische Haltung bewies, daß die deutschen Kommunisten in der späten Weimarer Republik strategisch sich sehr viel enger an Konzepten der Vorkriegssozialdemokratie als am Leninismus orientierten. Nicht als bolschewistische Kaderpartei, sondern als radikale Massenpartei entfaltete die KPD Wirkung, denn die Angst vor der „roten“ Revolution trieb viele Wähler in das Lager der „braunen“ Reaktion. Die Siegeszuversicht der KPD erwies sich, wie die Entwicklung im Frühjahr 1933 schnell zeigte, als eine „verhängnisvolle Selbsttäuschung“¹⁹.

Die Sozialdemokratie befand sich seit der Katastrophenwahl vom September 1930, in der die NSDAP zur zweitstärksten Partei im Reichstag angewachsen war, in einer Zwangslage. Ein parlamentarischer Mißtrauensantrag oder eine außerparlamentarische Offensive gegen das Präsidialkabinett Brüning mußten den Prozeß der Destabilisierung der republikanischen Verfassungsordnung erheblich beschleunigen; eine Duldung der rigorosen und unsozialen Sparpolitik des Zentrumskanzlers mußte die Par-

¹⁹ So *Wachtler*, Revolutionserwartung, 247.

teiloyalität der sozialdemokratischen Anhänger erschüttern und damit auch die Widerstandskraft der SPD gegen die Republikgegner zermürben. Der schließlich nach vergeblichen Koalitionsangeboten an Brüning von der Partei getroffenen Entscheidung für die parlamentarische Tolerierung des Präsidialkabinetts lagen folgende Überlegungen zugrunde²⁰:

1) wollte man bis zum Ablauen der Wirtschaftskrise, die zugleich eine Legitimitätskrise der Republik war, eine nochmalige Auflösung des Reichstags um jeden Preis vermeiden. Unter den gegebenen Umständen hätte – so die realistische Einschätzung der SPD-Führer – jede Neuwahl das bereits bedrohlich angewachsene antidebaktratische Potential im Parlament nur noch vergrößert, die republikanischen Kräfte völlig in die Minderheit gedrängt und den Reichstag endgültig handlungsunfähig gemacht. Die im Sommer 1932 eintretende Situation wurde also in dieser Lageanalyse bereits antizipiert, die sich dadurch auszeichnete, daß sie die massenmobilisierende Wirkung des Nationalsozialismus nicht unterschätzte.

2) wollte man eine Regierungsbeteiligung der NSDAP im Reich verhindern, die aus der Sicht der zur Tolerierung entschlossenen SPD-Politiker die zwangsläufige Folge eines Sturzes des Zentrumskanzlers Brüning gewesen wäre. Welche Folgen eine faschistische Regierungsbeteiligung für die Demokratie haben konnte, hatte man am italienischen Beispiel studiert. Man wußte auch, daß das Kabinett Brüning alles andere als eine arbeiterfreundliche Regierung war. Nicht wissen konnte man aber, daß Brüning sich selbst als Statthalter einer monarchischen Restauration verstand. Diese wilhelminische Dimension seiner Kanzlerschaft enthüllte der Zentrumspolitiker – zur großen Überraschung der Historiker – erst in seinen Memoiren. Für die SPD-Führer ging es im Herbst 1930 darum, einer Regierung der antirepublikanischen Rechten nicht das Feld zu ebnen, weil man diese Regierung als Vorstufe einer nationalsozialistischen Alleinherrschaft ansah. Auch diese Kalkulation war nicht realitätsfremd, wie sich 1932/33 zeigen sollte.

3) wollte die Sozialdemokratie ihre gouvernementale Machtposition in Preußen bewahren, wo sie in einer Koalitionsregierung mit dem politischen Katholizismus und dem Linksliberalismus die strategischen Schlüsselpositionen des Ministerpräsidenten und des Innenministers besetzte. Der Erhalt der staatlichen Machtmittel im größten Land der Weimarer Republik war aus der Sicht der SPD besonders wichtig, weil sich ihr damit die Möglichkeit eröffnete, auch mit den Mitteln der Exekutive gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen.

Der Tolerierungskurs der SPD war also als legalistisch-etatistische Defensivpolitik konzipiert, als eine Strategie, die einerseits auf den Faktor Zeit setzte, um im Reich die parlamentarische Normalisierung wieder möglich zu machen, und die andererseits auf Länderebene die föderalistischen Bastionen der Republik vor dem Zugriff des Na-

²⁰ Vgl. zu den Koalitionsverhandlungen im Herbst 1930 *Winkler*, Weg, 207 ff.; zu den Argumenten, die für die Tolerierung sprachen, s. *Eberhard Kolb*, Die sozialdemokratische Strategie in der Ära des Präsidialkabinetts Brüning – Strategie ohne Alternative?, in: *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*. Hrsg. von *Ursula Büttner* unter Mitwirkung von *Werner Jobe* und *Angelika Voß*, Bd. 1 (Hamburg 1986) 157–176; *Pyta*, Gegen Hitler, 209 ff.

tionalsozialismus schützen und gegen diesen abschotten wollte. Diese Einschätzung der Kräftekonstellationen auf Reichs- und Länderebene besaß eine pragmatische und eine prinzipielle Dimension. Man wollte – so gut wie irgend möglich – die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen und staatlichen Institutionen während der Krisenzeit bewahren und die Chancen für eine Restabilisierung der Republik nach der konjunkturellen Besserung nicht von vornherein verspielen. Daß diese Interpretation nicht eine nachträgliche Konstruktion von Historikern ist, belegen viele zeitgenössische Stellungnahmen aus den Reihen der SPD²¹.

Die Entscheidung für die Tolerierung wurde vom linken Flügel der SPD sofort heftig kritisiert. Auch die Geschichtswissenschaft hat nach 1945 die negativen Folgen der sozialdemokratischen Stillhaltepolitik immer wieder aufgelistet. Eine realistische politische Alternative vermochten aber weder die kritisierenden Zeitgenossen noch ihre akademischen Nachfolger aufzuzeigen. Die von den innerparteilichen Gegnern der Tolerierung propagierte „Klassenkampf-Strategie“ hatte nur ein konkretes Nahziel im Auge, nämlich den Sturz der Präsidialregierung Brüning. Alle sich daraus ergebenden Konsequenzen wurden jedoch nicht reflektiert. Der von der sozialdemokratischen Parteilinken vielbeschworene proletarische Aktionismus ging theoretisch von den gleichen Prämissen aus, wie sie die KPD in ihrem antirepublikanischen Konfrontationskurs vertrat: Die Krise des Kapitalismus sollte als Gelegenheit genutzt werden, um dieses System auszuhebeln.

Doch die Risiken dieser Therapie, die den kapitalistischen Patienten sofort beerben und nicht erst heilen wollte, lagen auf der Hand. Fraglich war, ob eine Mobilisierung der sozialdemokratischen Parteimitglieder unter dem Druck von wachsender Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen überhaupt noch denkbar gewesen wäre und ob sich mit demoralisierten Arbeitern schlagkräftige Massenaktionen hätten durchführen lassen. Fraglich war aber auch, ob die Republik auf diese Weise zu retten gewesen wäre oder ob man nicht mit der Doppelstrategie von parlamentarischer Obstruktion und außerparlamentarischer Konfrontation einen Bürgerkrieg ausgelöst hätte. Nicht fraglich war, daß der Arbeiterbewegung in diesem Bürgerkrieg eine Einheitsfront der Rechten, einschließlich des Polizei- und Militärapparats, gegenübergestanden hätte. Damit barg die Mobilisierungsforderung der Tolerierungsgegner ein höchst gefährliches Risiko: Sie hätte den sofortigen Griff der Nationalsozialisten nach der Staatsmacht möglich gemacht²². Daß derartige Überlegungen keine historiographischen Spekulationen sind, dokumentierte das Schicksal der österreichischen Arbeiterbewegung, die 1934 trotz größerer politischer Geschlossenheit in einem bewaffneten Aufstand die Alpenrepublik nicht vor dem Untergang retten konnte.

Der Kurs des Abwartens, den die SPD im Herbst 1930 einschlug, verzichtete auf Generalstreik und Gewalt. Er mutete den Anhängern der Partei viel Selbstdisziplin zu – vielleicht zu viel, stellt man die lähmenden Folgen des Stillhaltens in Rechnung.

²¹ Vgl. dazu die zahlreichen Belege bei *Winkler, Weg; Pyta, Gegen Hitler; Schaefer, SPD*.

²² Zur Problematik von Kampfwillen und Kampffähigkeit s. *Grebing, Flucht*, 30 ff.; *Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 34, Düsseldorf 1966) 429 f.; *Schaefer, SPD*, 216 ff.

Aber dieser Kurs basierte auf einer einigermaßen kalkulierbaren Konzeption, die sich in ihrer vorsichtigen Risikoabschätzung mit dem Werthonizont der legalistischen Verfassungspartei SPD am ehesten deckte. Die SPD hätte sich nämlich bei einer anderen Option in eine Bürgerkriegspartei verwandeln müssen. Dazu war sie im Herbst 1930 schon deshalb nicht bereit, weil sie dann in gefährliche Nähe zur nationalsozialistischen Irrationalität und zur kommunistischen Radikalität geraten wäre. Die Zerstörung ihrer an Vernunft und Rechtsstaatlichkeit orientierten Prinzipien konnte aber nicht die Maxime der Sozialdemokratie sein.

Der Vorwurf, die Strategie der Tolerierung sei lediglich eine Strategie des Nichtstuns gewesen, verfehlt nicht nur die grundsätzliche Problematik der SPD während der Brüning-Ära. Er läßt auch die praktischen Anstrengungen unbeachtet, die die Partei trotz ihres parlamentarischen Stillhalteabkommens mit der Reichsregierung unternahm, um die angeschlagene Republik zu verteidigen. Hier ist vor allem darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie in den Ländern, in denen sie an der Regierung beteiligt war, mit allen ihr zur Verfügung stehenden exekutiven Mitteln den Vormarsch der NSDAP aufzuhalten versuchte. Ungeachtet vielerlei Behinderungen seitens des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der Rechtssprechung bemühten sich sozialdemokratische Landesminister, das Eindringen der NSDAP in den Staatsapparat zu verhindern und im Bildungswesen oder in der Presse der nationalsozialistischen Propaganda Grenzen zu setzen.

Die sozialdemokratischen Innen- und Kultusminister in Preußen, Hessen, Hamburg oder Baden kämpften mit harten Bandagen gegen den Nationalsozialismus und seine Anhänger und schöpften dabei ihren rechtsstaatlichen Handlungsspielraum weitgehend aus. Zu dem umfangreichen Maßnahmenkatalog gehörte das Einschreiten gegen NSDAP-Aktivitäten im Staatsdienst mit Disziplinarverfahren und Extremistenbeschlüssen; sozialdemokratische Polizeipräsidenten verhängten Rede- und Versammlungsverbote, dämmten den Mißbrauch der Meinungsfreiheit durch die Preszensur ein und beschlagnahmten Hetzschriften gegen die Republik; Ministerialbeamte legten umfangreiche Dokumentationen über nationalsozialistische Terrorakte an und forderten in Denkschriften die Reichsregierung immer wieder zum Handeln auf²³.

Dieses entschlossene Auftreten von sozialdemokratischen Ministern und Exekutivbeamten gibt allen Anlaß, das häufig kolportierte Bild von der Tatenlosigkeit der Republikaner gegen die braune Gefahr zu korrigieren. Man muß aber zugleich feststellen, daß die Bemühungen der sozialdemokratischen Amtsträger Stückwerk blieben, weil sich die Reichsregierung weitgehend passiv verhielt und weil die Justiz durch ihre teilweise skandalöse Rechtssprechung die Wirkungen wieder neutralisierte, die das ent-

²³ Zum Einsatz von staatlichen Machtmitteln gegen die NS-Bewegung durch sozialdemokratische Minister in den Ländern s. ausführlich Pyta, Gegen Hitler, 265 ff.; Rudolf Morsey, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929–1933). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, in: Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule. Hrsg. von Klaus König, Hans-Werner Laubinger und Frido Wagener (Köln 1977) 111–133; Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, 3, Düsseldorf 1977).

schiedene Durchgreifen der republikanischen Ordnungskräfte hervorgerufen hatte. Das Konzept der wehrhaften Demokratie, das die NSDAP mit allen zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmitteln bekämpfen wollte, scheiterte also nicht an der sozialdemokratischen Unentschlossenheit, sondern an der Republikfeindschaft oder Republikverdrossenheit von hohen Militärs und Ministerialbeamten, von Polizeioffizieren und Richtern. Vor allem aber scheiterte es am antidemokratischen Fundamentalkonsens der Regierungseliten im Reich, die sozialdemokratische Vorstöße gegen den Nationalsozialismus immer wieder ins Leere laufen ließen²⁴.

Natürlich hätte selbst eine effektivere „Law-and-Order-Politik“ den Massenzustrom zum Nationalsozialismus nicht zum Versiegen gebracht. Auch ein starker republikanischer Staat hätte den Legitimitätsverlust der Demokratie nicht allein mit den Machtmitteln der Exekutive kompensieren können. Die Autorität der Republik und ihrer Organe ließ sich durch eine antinationalsozialistische Abschreckungs offensive allein nicht wiederherstellen. Diese konnte allenfalls als flankierende Maßnahme Wirkung entfalten. Nur eine erfolgreiche Bekämpfung der Wirtschaftskrise hätte eine Überwindung der Staatskrise möglich gemacht. Auf dieses Politikfeld, auf dem es um die ökonomischen Ursachen der nationalsozialistischen Mobilisierungserfolge ging, hatte die SPD seit 1930 so gut wie keinen Einfluß mehr. Da Reichskanzler Brüning der Lösung der Reparationsfrage eindeutig den Vorrang vor der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit einräumte und in seinen Notverordnungen wenig soziales Augenmaß bewies, mußte die zwanzigmonatige Duldung seiner Politik für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu einer schweren Belastungsprobe werden.

Im historischen Rückblick auf diese Phase der zähneknirschenden parlamentarischen Passivität wird man die Parteitreue der sozialdemokratischen Wähler und Mitglieder besonders hervorheben müssen: Die Mitgliederverluste blieben minimal und bei den Landtagswahlen des Jahres 1931 kam es zu keinen katastrophalen Einbrüchen in das sozialdemokratische Wählerpotential. Wenn man bedenkt, daß die Hauptmasse dieser Mitglieder und Wähler der Industriearbeiterschaft entstammte, die unter den Begleit- und Folgeerscheinungen der Depression besonders zu leiden hatte, dann wird man die Kritik an der Ineffizienz des sozialdemokratischen Parteiapparates moderater formulieren müssen, als dies bislang vielfach geschehen ist. Auch das Durchschnittsalter der Parteiführung – die Spitzenpolitiker der SPD waren am Anfang der dreißiger Jahre zwischen 50 und 60 Jahre alt – war keineswegs so hoch, daß ihre „Verkalkung“ als Indiz für den Vitalitätsverlust der SPD herangezogen werden könnte. Als Solidargemeinschaft besaß die SPD jedenfalls einen erstaunlichen Behauptungswillen, selbst wenn sie einen Teil der Jugend an die rechts- oder linksradikalen Bewegungsparteien NSDAP und KPD verloren hatte.

Unbestritten ist aber auch, daß die Unzufriedenheit in der SPD über die Stillhalte-taktik der Führungsgremien wuchs und man seit Frühjahr 1931 in Mitglieder- und Funktionärskreisen einen stärkeren Widerstand gegen die Sparpolitik des Reichskanzlers forderte. Ein Forum der Kritik war der Leipziger Parteitag im Juni 1931, auf dem

²⁴ Wie wenig auch die preußische Schutzpolizei als republikanisches Machtmittel einsetzbar gewesen wäre, zeigt jetzt die Dissertation von Peter Leßmann, *Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf* (Düsseldorf 1989).

die meisten Redner eine Fortsetzung der Tolerierungspolitik sehr skeptisch beurteilten. Zu diesem Zeitpunkt war die Hoffnung auf ein schnelles Abflauen der Wirtschaftskrise bereits verflogen, weil der Konkurs von Banken aus Österreich auf Deutschland überzugehen begann. Außerdem stand die Entscheidung über eine neue Notverordnung an, die noch drastischer als ihre Vorgänger das soziale Netz beschneiden sollte²⁵.

Zu den Gegnern der Tolerierung gehörten mittlerweile nicht mehr nur die Repräsentanten des linken Parteiflügels, deren Bindung an die SPD sich zu lösen begann, sondern auch militante Reformisten wie Carlo Mierendorff, Julius Leber oder Kurt Schumacher, die eher auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie ihre politische Heimat hatten. Ihre Kritik zielte auf die Unbeweglichkeit und Phantasielosigkeit des Funktionärsapparats und auf den politischen Fatalismus der Parteispitze. Sie drängten auf eine außerparlamentarische Mobilisierung der Partei und auf einen aktiven Kampf gegen den Nationalsozialismus mit modernen Agitationsmitteln. Rechte wie linke Kritiker innerhalb der SPD beklagten die Wagenburg-Mentalität der Parteibeamten und plädierten für eine organisatorische Erneuerung, um die Anziehungskraft der Partei auf Jugendliche wieder zu vergrößern und ihr neue Wähler aus der Landbevölkerung und den Mittelschichten zuzuführen. Dies setzte jedoch ein programmatisches Umdenken voraus, zu dem die SPD mitten in der Staatskrise weder die Zeit noch die Kraft fand.

Mit den unkonventionellen Organisationsvorschlägen der Reformer freundeten sich die Traditionalisten im Parteiapparat und an der Parteispitze nur zögernd an. So kam die Gründung der Eisernen Front als Kampfbund des republikanischen Lagers im Dezember 1931 zu spät, um das Einzugsfeld der SPD über ihren Stammanhang hinaus auszudehnen und ein Stück des verlorengegangenen Bewegungscharakters zurückzugewinnen. Die durchaus eindrucksvollen Massendemonstrationen dieser Wehrorganisation täuschten eine größere Schlagkraft vor, als tatsächlich vorhanden war; der „Symbolkrieg“ der Eisernen Front mit den drei Pfeilen, die das Hakenkreuz durchbohrten, begann systematisch erst im Frühsommer 1932, also zu einem Zeitpunkt, als das „Bollwerk Preußen“ von den Republikgegnern bereits sturmreif geschossen war und die Ablösung Brünings durch Papen der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik ein Ende setzte²⁶.

Wenn man davon ausgeht, daß auch nach dem Papenputsch in Preußen ein bewaffneter Kampf zur Rettung der bis in ihre Grundfesten erschütterten Republik aussichtslos war, weil alle politischen und psychologischen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Aufbäumen der zerstrittenen und zermürbten Arbeiterbewegung fehlten, dann wird man das Festhalten der SPD an ihrer „auf Zeitgewinn angelegten Ermattungsstrategie“²⁷ im Herbst 1932 nicht für völlig abwegig halten. Immerhin mußte die NSDAP nach ihrem Triumph im Juli 1932 bei den Reichstagswahlen im November 1932 starke Stimmenverluste hinnehmen. Diesen Abwärtstrend des Rechtsradikalismus

²⁵ Vgl. dazu Winkler, Weg, 324 ff.

²⁶ Vgl. Richard Albrecht, Der militante Sozialdemokrat Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Biographie (Berlin-Bonn 1987) 98 ff.; Winkler, Weg, 514 ff.

²⁷ So Kolb, Strategie, 171.

mus bestätigten dann auch noch die Bürgerschaftswahlen in Lübeck sowie die Gemeindewahlen in Sachsen und Thüringen. Hinzu kam im Dezember 1932 die Parteikrise des Nationalsozialismus, nach der Goebbels die Zukunft seiner Partei als „dunkel und trübe“ beschrieb und seinem Tagebuch anvertraute, „alle Aussichten und Hoffnungen“ seien „vollends entchwunden“²⁸. Gleichzeitig hellte sich der Konjunkturhimmel etwas auf, was viele Beobachter der politischen Szenerie zu vorsichtigem Optimismus veranlaßte.

Die Kommentare am Jahreswechsel 1932/33 fielen in einer Reihe von republikanisch eingestellten Zeitungen zuversichtlicher aus als zwölf Monate vorher. Mit ihrer Hoffnung auf eine allmähliche Rekonvaleszenz der Republik stand die SPD nicht allein. Sogar Carl von Ossietzky, der gewiß nicht zur Blauäugigkeit neigte, rechnete Anfang Januar 1933 nicht mehr mit einer nationalsozialistischen Machtergreifung, als er in der „Weltbühne“ schrieb: „Am Anfang des Jahres 32 stand die Nazidiktatur vor der Tür, war die Luft voll Blutgeruch, schien die Erfüllung des Programms von Boxheim nur noch eine Frage der Zeit zu sein. An seinem Ende wird die Hitlerpartei von einer heftigen Krise geschüttelt, sind die langen Messer still ins Futteral zurückgesteckt und öffentlich sichtbar nur noch die langen Ohren des Führers.“²⁹

Bekanntlich verlief die Entwicklung im Frühjahr 1933 anders, als viele Beobachter und Beteiligte erwartet hatten. Diese Diskrepanz zwischen Prognose und Realität sollten rückblickende Historiker in ihren Urteilen über die Politik der SPD sorgfältig berücksichtigen. Für die mitten in der Tagespolitik stehenden Sozialdemokraten, die sich mit großem Engagement für das Überleben der Weimarer Verfassungsordnung einsetzten und die Machttauslieferung an die Nationalsozialisten verhindern wollten, gab es zwischen 1930 und 1933 eigentlich keine konkrete Wendemarkte, an der sich ihnen eine erfolgversprechende Alternative zum Konzept der legalistischen Defensive anbot. Daß diese Strategie letztlich scheiterte, ist unbestritten; daß sie in ihrem Denkansatz grundfalsch war, wird man nur dann behaupten können, wenn man der Meinung ist, der Untergang der Weimarer Republik und die Errichtung des „Dritten Reiches“ seien unausweichlich gewesen.

Bilanziert man die praktische Politik und die programmativen Perspektiven von SPD und KPD in der Ära der Präsidialkabinette, so stößt man immer wieder auf Verhaltensweisen und Argumentationsmuster, die das theoretische Erbe der wilhelminischen Sozialdemokratie zum Vorschein bringen. Die strukturelle Intoleranz der KPD, die Dissidenten ausgrenzte und deswegen intellektuell mehr und mehr verödet, ihre Politik der Selbstisolierung und ihr Attentismus gründeten auf der revolutionären Sie-

²⁸ Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933 (München 1942) 229. Die zitierte Tagebuchaufzeichnung machte Goebbels am 23.12.1932.

²⁹ Carl von Ossietzky, Winternächten, in: Die Weltbühne, 29. Jg., Nr. 1 vom 3.1.1933. Weitere Pressekommentare zum Jahreswechsel sind abgedruckt in: Die „Machtergreifung“. Tagebuch einer Wende nach Presseberichten vom 1. Januar 1933 bis 6. März 1933. Hrsg. von Wieland Eschenhagen (Darmstadt 1982) 27 ff.; vgl. auch Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik und das Problem der Kontinuität vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“, in: Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber. Hrsg. von Jost Dülffer, Bernd Martin und Günter Wollstein (Berlin 1990) 273–289, insbesondere 280 ff.

geszuversicht der alten proletarischen Klassenpartei, auf einer Geschichtsauffassung, in der die Utopie viel und die Realität wenig Gewicht besaß. Für die Existenz einer solchen Partei gab es viele Gründe in einer Gesellschaft, die gegen Massenelend und Massenarbeitslosigkeit nicht entschlossen genug vorging und die Durchlöcherung des Sozialstaats ab 1930 in Kauf nahm. Mehr als fraglich war jedoch, ob in einem Land, das bereits ein halbes Jahrhundert lang über eine parlamentarische Tradition verfügte, noch die Mehrheit der Arbeiterschaft für die bolschewistischen Zielvorstellungen der deutschen Kommunisten auf die Barrikaden gehen wollte.

Auch die Weimarer SPD knüpfte programmatisch an die Vorstellungswelt der Vorkriegssozialdemokratie an. Aber im Vergleich zur KPD präsentierte sie sich als eine realitätsorientierte, diskussionsfreudige und intellektuell vielschichtige Partei, wie die Lebhaftigkeit ihrer innerparteilichen Debatten beweist. Als Partei des Klassenkompromisses votierte die SPD für die parlamentarische Zusammenarbeit mit dem demokratischen Bürgertum und übernahm Verantwortung in einer Republik, die ihrem Idealbild zwar nicht entsprach, aber für Veränderungen offen war. In ihrem Staatsverständnis hatte die SPD dem Sozialismus nicht abgeschworen, wohl aber einem marxistischen Dogmatismus, der in der Diktatur des Proletariats die Herrschaftsordnung der Zukunft sah. Während die KPD dieses Ziel „mit allen Mitteln“ verwirklichen wollte, rechtfertigte die SPD ihren demokratisch-legalistischen Reformkurs mit dem ebenso traditionsreichen sozialdemokratischen Wahlspruch „An unserer Gesetzlichkeit werden unsere Feinde zerbrechen“. Revolutionärer Attentismus und demokratischer Legalismus waren die zwei Seiten einer Medaille, die schon im Kaiserreich geprägt worden war.

